

Auszüge (Tierschutz/Landwirtschaft) aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2025

CDU/CSU-Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“

Umweltschutz gemeinsam machen

Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Umweltverschmutzung, illegaler Tierhandel, illegale Tötung und Qual von Tieren sind Straftaten, die genauso konsequent bestraft werden müssen (S. 24).

Landwirtschaftliche Produktion sichern

Landwirtschaftliche Tierhalter unterstützen. Wir unterstützen unsere Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir sind für Tierhaltung, insbesondere auch für den Fortbestand der Kombihaltung und gegen eine Reduktion oder Quoten. Wir sorgen für eine verlässliche Finanzierung tierwohlgerechter Ställe und schaffen genehmigungsrechtliche Hürden ab. Verbraucher müssen klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein (S. 35).

Wolfsbestand regeln. Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden können, damit weniger Weidetiere gerissen werden. Dafür passen wir den Schutzstatus des Wolfs an und nehmen ihn in das Bundesjagdgesetz auf. Als Grundlage dazu übernehmen wir die Regelung der FFH-Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz. Vergleichbare Regelungen streben wir für andere nicht mehr gefährdete Arten an, etwa Saatkrähen und Kormorane (S. 35).

Land und Landwirtschaft Sicherheit geben. Wir nehmen die Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz auf. Das ist vor allem für Gesetzgebung und Gerichte wichtig, damit landwirtschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigt werden (S. 35).

Bei der Ernährung auf mündige Bürger setzen. Wir setzen auf Ernährungsbildung und gute Information, aber nicht auf unwirksame Werbeverbote oder Lenkungssteuern. Für Lebensmittel wollen wir eine verpflichtende, praxistaugliche Herkunftskennzeichnung (S. 35).

Eine funktionierende Verwaltung in einem funktionierenden Staat

Staat sofort begrenzen. Die exorbitant gestiegene Zahl der Beauftragten reduzieren wir um mindestens 50 Prozent und kommen in der Ministerialverwaltung und der

Bundestagsverwaltung mit mindestens zehn Prozent weniger Personal aus. Wir wollen mit weniger Personal bessere Arbeit machen (S. 77).

Quelle: [KM BTW 2025 Wahlprogramm Langfassung.indd](#)

Bayern-Agenda zur Bundestagswahl (CSU) „Deutschland wieder in Ordnung bringen. Bayernstark in Deutschland“

Für eine starke heimische Landwirtschaft

- Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und voller Einsatz in Brüssel für eine gute Ausstattung des Agrarbudgets.
- Schutz der Weidetierhaltung und der Teichwirtschaft: Anpassung der entsprechenden
- Regelungen im Bundesjagdgesetz und Bundesnaturschutzgesetz zur klaren Regulierung und Reduzierung des Wolfs- und Fischotterbestands.
- Bekenntnis zur Tierhaltung und zur auskömmlichen Förderung des tierwohlgerechten Stallumbaus.
- Aufnahme von Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz zur Stärkung landwirtschaftlicher Anliegen in der Gesetzgebung und vor Gerichten (S. 16).

Quelle: [Bayern-Agenda zur Bundestagswahl2025.pdf](#)

SPD-Wahlprogramm „Mehr für dich. Besser für Deutschland.“

7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.

In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf Prozent senken. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger nach Jahren der massiven Preissteigerungen. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Senkung der Mehrwertsteuer die Händler den überwältigenden Teil der Steuersenkung an 20 Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Senkung der Mehrwertsteuer kommt bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf an, denn auf den Kauf von Grundnahrungsmitteln kann niemand verzichten. Die Senkung der Mehrwertsteuer hilft insbesondere Haushalten mit geringeren Einkommen, da die Ausgaben für Lebensmittel einen besonders hohen Anteil am Einkommen ausmachen (S. 24f).

19. Wir kämpfen für starke Kommunen, gleiche Chancen in Land und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft.

Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirten durch die Reform der Agrarförderung Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen, die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem Tierschutz zugutekommen (S. 53).

Mit der neuen GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen (S. 54).

Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir wollen es leichter machen, das zu tun und Planungssicherheit schaffen (S. 54).

Quelle: [Mehr für Dich. Besser für Deutschland.](#)

Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zusammenwachsen“

F. Eine zukunftsfeste Ernährung und Landwirtschaft

Für starke Landwirtinnen und Landwirte

Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen.

Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten Konsumgewohnheiten aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen. Bei stetig sinkendem Fleischkonsum sind industrielle Tierhaltung und Billigexporte keine langfristig tragfähigen Konzepte. Zukunftsfähig ist dagegen sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Tiere: weniger Tiere besser halten. Tiere brauchen mehr Bewegungsfreiheit. Wir haben den Umbau der Ställe für Schweine hin zu einer tiergerechteren Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten Legislatur dafür ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle Tiere zu verbessern und die Haltung den Bedürfnissen der Tiere anzupassen.

Weidehaltung auf extensivem, artenreichen Dauergrünland hat sowohl positive Biodiversitäts- wie auch Klimaeffekte. Das wollen wir ebenso fördern wie die Wiedereinführung robuster Rassen, die mit dieser Haltungsform gut zurechtkommen. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese Kennzeichnung werden wir bürokratiearm auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-Verpflegung ausweiten (S. 57f.).

Für gute Ernährung

Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird. Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher*innen mehr Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen (S. 60).

Für einen besseren Umgang mit Tieren

Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Seit 2002 ist er im Grundgesetz verankert. Wie für den Umwelt- und Naturschutz ergreifen wir schon immer auch für die Tiere konsequent Partei. Sowohl national als auch auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns daher für eine Tierschutzgesetzgebung und hohe Standards ein, die Tiere wirklich schützen. Die meisten Tiere in Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten. Hier wollen wir, dass weniger Tiere besser gehalten werden, dass sie sich frei bewegen und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Wir werden die Zucht stärker auf Tiergesundheit ausrichten und die bereits verbotenen Qualzuchten von Tieren endgültig beenden. Dazu gehören zum Beispiel Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst, dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten können, oder auch Hunde und Katzen, die kaum atmen können. Tierquälerei soll entschiedener bestraft werden. Um Vollzugsdefiziten im Tierschutz zu begegnen, braucht es bessere Kontrollen. Wir wollen allen Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür wollen wir unter anderem das in dieser Wahlperiode bereits geschaffene Amt einer oder eines Bundestierschutzbeauftragten verbindlich verankern und ein umfassendes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Unser Ziel ist, die Dauer von Tiertransporten europaweit auf vier Stunden zu begrenzen. Transporte aus Europa heraus wollen wir

verbieten und Wege der Umgehung durch neue Transitländer verhindern und dafür unsere nationalen Spielräume nutzen. Schlachtmethoden und ihre Kontrollen wollen wir im Sinne des Tierschutzes verbessern. Dezentrale und mobile (Weide-)Schlachtungen vermeiden lange Transporte und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Auch verbesserte Arbeitsbedingungen, die nicht auf Akkordlöhne, Stück- und Streckenprämien bei Schlachtung und Transport setzen, helfen beim Tierschutz. Tierversuche wollen wir durch eine wissenschaftliche Reduktionsstrategie verringern und – wo immer möglich – durch innovative, tierfreie Methoden ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen wollen. Dafür entwickeln wir perspektivisch einen geeigneten rechtlichen Rahmen. Das stärkt auch den modernen Forschungsstandort Deutschland. Tiere in Not müssen besser versorgt werden. Tierheime und andere Auffangstrukturen sowie Notfallnummern sind bundesweit am Limit. Wir wollen, dass sie finanziell besser unterstützt und entlastet werden. Illegaler Tierhandel und unkontrollierter Wildtierhandel schaden den Tieren und erzeugen Gesundheitsrisiken für den Menschen. Sie gehören deshalb beendet. Wildtiere gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten auch nicht über gewerbliche Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden (S. 61f.).

Quelle: [20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf](#)

FDP-Wahlprogramm „Alles lässt sich ändern“

Eine Bundesregierung, die mit gutem Beispiel vorangeht

Ein schlanker und ressourcenschonender Staat beginnt bei der Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zahl der Beauftragten der Bundesregierung deutlich reduzieren und mit Hilfe eines One in, one out-Prinzips dauerhaft auf niedrigerem Niveau halten. (S. 36)

d. Unternehmerische Landwirtschaft

Landwirtschaft besitzt für Deutschland eine herausragende Bedeutung, die weit über die Produktion von Lebensmitteln hinausgeht. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland ein. Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir haben die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz vorangetrieben, weil dieser für uns untrennbar mit einer liberalen Werteordnung verbunden ist. Wichtig ist die Balance zwischen notwendigen Verbesserungen für die Tiere und praxistauglichen Regelungen (S. 44).

Unternehmerische Landwirtschaft stärken, innovative Technik fördern

Wir werden die Agrarpolitik stärker am unternehmerischen Handeln der Landwirte ausrichten. Durch den Fokus auf Produktivitätssteigerung und Innovationen statt ineffektiver Subventionen machen wir Landwirte unabhängig von staatlichen Zuwendungen. Zwecklose und unverhältnismäßige Dokumentationspflichten und Auflagen schaffen wir ab. Auf EU-Ebene drängen wir weiter auf die Rücknahme bremsender Regulierung. In der neuen Förderperiode der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2027 sollen Produktivität und Technologien stärker gefördert werden. Knappe Haushaltsmittel müssen prioritär zur nachhaltigen Intensivierung eingesetzt werden. Technologieeinsatz ermöglicht Umwelt- und Naturschutz im Einklang mit Ertragssicherung. Wer digitale Technologien nutzt, wird von Dokumentationspflichten und Auflagen befreit. Wir werden Innovationsgeist und Fortschritt belohnen, statt durch kleinteilige Vorschriften in die betrieblichen Abläufe hineinzuregieren. Die Möglichkeiten von neuen Züchtungsmethoden wie der Genschere CRISPRCas9 wollen wir nutzen. Solche biotechnologischen Verfahren erweitern den landwirtschaftlichen Werkzeugkasten. (...) In der Tierhaltung bieten digitale Innovationen wie KI-gesteuerte Systeme zur Erkennung von Tierwohl eine enorme Chance, den Verbraucherwünschen nachzukommen. Wir wollen Einkommen für landwirtschaftliche Betriebe sichern, die Nutztierhaltung in Deutschland erhalten und die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen (S. 44f).

Ernährungsinnovationen ermöglichen und Wahlfreiheit der Verbraucher erhalten

Für uns Freie Demokraten basiert eine verantwortungsvolle Ernährungspolitik auf Verbraucherkompetenz, Bildung und Wahlfreiheit. Wir wollen das Zulassungssystem für innovative Lebensmittelprodukte verbessern. Biotechnologische Entwicklungen, die in der Medizin bereits vielen Menschen geholfen haben, können auch in der Ernährung dazu beitragen, gesündere Produkte auf den Markt zu bringen. Innovationen verbessern die Qualität, Sicherheit und Nachverfolgbarkeit unserer Lebensmittel. Sie sorgen dafür, dass Verbraucher gesunde und vertrauenswürdige Produkte erhalten können. Eine gesunde Ernährung gelingt aber nur, wenn auch die Verbraucher selbst bereit sind, ihre Essgewohnheiten zu hinterfragen und aktiv zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen die nötigen Informationen erhalten, um selbstbewusste Entscheidungen zu treffen (S. 45).

Sicherung der Artenvielfalt durch den gelebten Naturschutz

Für uns Freien Demokraten ist die Jagd ein unverzichtbarer Teil nachhaltiger Landnutzung und Schutz der Biodiversität. Durch verantwortungsbewusstes Wildtiermanagement und die Möglichkeit, neue und invasive Arten zu regulieren, schützen wir das ökologische Gleichgewicht und unsere Landschaften. Wir Freie

Demokraten werden ein aktives Bestandsmanagement von unter anderem Wolf und Kormoran durch Bejagung einführen. Wir setzen uns für eine europäische Fischereipolitik ein, die Nachhaltigkeit, soziale Aspekte und wirtschaftliche Stabilität gleichermaßen berücksichtigt. Wir Freie Demokraten erkennen den gelebten Natur- und Artenschutz von Landwirten, Jägern und Anglern an (S. 45).

Quelle: [fdp-wahlprogramm_2025.pdf](#)

Wahlprogramm DIE LINKE „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander“

11. Agrarwende jetzt!

Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient. Die Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist. Wir stehen an der Seite der Landwirt*innen. Sie leisten für die Gesellschaft überlebensnotwendige Arbeit. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen davon gut leben können. Dafür wollen wir Grund und Boden vor Spekulation schützen und Landwirt*innen sozial absichern. Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen, sondern die Versorgung der Menschen mit guten, bezahlbaren Lebensmitteln. Während die Lebensmittelkonzerne Extraprofite einstreichen und die Inflation anheizen, können Landwirt*innen von ihren Erzeugnissen kaum leben. Einige wenige werden reicher, während die große Mehrheit höhere Preise für Lebensmittel zahlen muss

- Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen: Das ist unsere Gegenstrategie zur monopolartigen Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Dafür braucht es gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht. Monopole müssen entflochten werden und Preiswächter müssen durchgreifen können
- Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen: Wir wollen flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, mit Mindestlohn und Sozialversicherung auch für Saisonkräfte.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe: Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen, Bürgerräte sowie täuschungssichere staatliche Regionalsiegel (S. 41).
- Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Das geht nur, wenn die hohen Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft vor billigen Importen

aus Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden. Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.

- Statt Megaställen wollen wir für das Wohl von Menschen und Tieren eine flächengebundene Tierhaltung (maximal 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar) und damit die Reduzierung der Viehbestände in der Bundesrepublik. Das verringert Überdüngung und Gewässer werden weniger belastet.
- Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Umweltschutz. Wir wollen hohe Mindesthaltungsstandards für alle Tierarten, eine Ausweitung der Bundesförderung für tierschutzrelevante Umbauten von Haltungssystemen, keine Lebendtiertransporte über vier Stunden und dezentrale Schlachtstrukturen ohne Akkordlöhne. Häufigere unangekündigte Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große Fleischfabriken wollen wir dichtmachen.
- Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient. Die Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist. Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Umweltschutz. Wir wollen eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte Haltungssysteme für alle Tierarten, für die Einschränkung von Lebendtiertransporten, stärkere Kontrollen und dezentrale Schlachtstrukturen. Häufigere unangekündigte Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große Fleischfabriken, die Tier und Mensch gleichermaßen schaden, wollen wir dichtmachen (S. 42).

Bezahlbares und gesundes Essen für alle

- Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima, Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und dass die Ergebnisse im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.
- Pflanzliche Alternativnahrungsmittel etwa zu Fleisch oder Milchprodukten müssen als Grundnahrungsmittel anerkannt werden und damit von der Mehrwertsteuer befreit werden (S. 42).

Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen

- Wir fordern eine Positivliste zur Haltung von Haustieren, um exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur zu schützen.

- Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Wir fordern ein einklagbares ökologisches Menschenrecht auf eine natürliche Umwelt ohne ökologische Schäden und eine Erweiterung der bisherigen Verbandsklagerechte. Jeder Mensch soll – wie in der Praxis und in der Verfassung mehrerer lateinamerikanischer Länder bereits Realität – die Interessen bzw. Belange der Natur vor Gericht vertreten können (S. 42 f.).

Meere schützen

- Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fischfang wirksam reguliert und der Schutz der Meere mit verbindlichen Standards und harten Sanktionen durchgesetzt wird. Fischereisubventionen sollen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.
- Kommerzieller Walfang muss gestoppt werden. Deutschland soll insbesondere auf Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Jagd nach Walen zu beenden. Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden (S. 43).

Tiere schützen

Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren. Tiere sind keine Dinge und kein Mittel zu Profit, sondern fühlende Wesen. Tierschutz muss unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden: von der Landwirtschaft bis zum Forschungslabor.

- Wir setzen uns für eine umfassende Reformierung des Tierschutzgesetzes ein. Das Gesetz soll besser durchgesetzt werden und härtere Strafen vorsehen.
- Wir fordern die Einführung eine*r unabhängigen Bundestierschutzbeauftragte*n, die an der Gesetzgebung beteiligt wird. Tierschutzvereine und -organisationen wollen wir stärken.
- Es braucht einen ambitionierten und konkreten Ausstiegsplan aus Tierversuchen. Schwerbelastende Tierversuche müssen sofort verboten werden.
- Der Handel mit Tieren muss streng reguliert werden. Anonymität im Internet, Wilderei und der illegale Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Herstellung und Import von Pelzen wollen wir verbieten.
- Wir schützen wilde Tiere, indem wir Biotope verbinden. Durch Tierkorridore, Zäune und Geschwindigkeitsbegrenzungen reduzieren wir Wildunfälle.

- Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die Tiere angepasst werden. Soziale Tiere dürfen nicht einzeln gehalten werden. Delfinarien, Wildtiere in Zirkussen und die Tierhaltung auf Jahrmärkten wollen wir verbieten. Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht artgerecht gehalten werden können. Wild gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.
- Qualzuchten und medizinisch nicht notwendige Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit wollen wir verbieten (S. 43).

Quelle: [Wahlprogramm Langfassung Linke-BTW25 01.pdf](#)

Wahlprogramm Bündnis Sahra Wagenknecht

Bürokratieabbau: Schlüssel für Wachstum und Innovation

Die Zahl der Beamten in den Bundesministerien ist seit 2013 um fast 45 Prozent gestiegen, während bürgernahe Verwaltungen unterbesetzt sind. Es werden stetig neue Beauftragte für Themen eingeführt, die ohnehin im Verantwortungsbereich der Ministerien liegen. Jeder Beauftragte zieht einen Personalstab und neue Auflagen mit sich. Bürokratie führt zu mehr Bürokraten. Mehr Bürokraten erzeugen neue Bürokratie.

- Um den Teufelskreislauf zu durchbrechen, wollen wir unnötige Stellen in Ministerien abbauen und dafür dort aufbauen, wo Bürger und Wirtschaft mehr Service und Unterstützung brauchen. Die Beauftragten in den Ministerien wollen wir abschaffen und, wo erforderlich, in die Organisationsstruktur der Ministerien integrieren.

Respekt für unsere Landwirte, guter Umwelt- und Tierschutz

Wir wollen eine Agrarpolitik, die stärker national und regional ausgerichtet ist. Landwirtschaft dient zuerst der Ernährungssicherung im eigenen Land. Es muss verhindert werden, dass Billigimporte aus dem Ausland die Lebens- und Futtermittel verdrängen, die in Deutschland produziert werden. Landwirte erwarten zu Recht stabile und auskömmliche Preise, von denen sie leben und mit denen sie planen können.

- Ein Mittel können gesetzlich geregelte Mindesterzeugerpreise sein.
- Die Streichung der Steuerermäßigung für Agrardiesel wollen wir zurücknehmen.

- Es braucht eine Begrenzung der Marktmacht von Konzernen in der Verarbeitung und im Handel. Handelsabkommen, die den Konkurrenzdruck für unsere heimische Landwirtschaft erhöhen, wie das Mercosur-Abkommen, lehnen wir ab.
- Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe mit kurzen Lieferwegen.
- Das macht uns nicht nur unabhängiger vom Weltmarkt, sondern stärkt auch den ländlichen Raum durch die Ansiedlung und den Erhalt von kleinen und mittelgroßen Molkereien, Schlachtereien und Lebensmittelläden. So kommen Landwirte auf Augenhöhe mit den Verhandlungspartnern und klimaschädliche Transporte entfallen.
- Wir fordern bezahlbaren Boden zum Erhalt land- und forstwirtschaftlicher Flächen.

Unnötige Bürokratie, die den Landwirten das Leben schwer machen, muss abgebaut werden. Bei Umweltauflagen sind Landwirte einzubeziehen und Kompromisse durch angemessene Übergangszeiträume und unbürokratische Förderungen zu finden. Ziel müssen umwelt-, boden- und klimaschonende Agrartechniken und Anbausysteme sein, die die Ernährungssicherung erhalten und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht gefährden.

- Die Landwirtschaft als Klimakiller zu verunglimpfen, lehnen wir entschieden ab. Sie ist eine systemrelevante Branche für unsere Ernährungssicherheit (S. 19f.).

Tierleid in Ställen und Schlachthöfen wollen wir beenden. Dazu gehören kostendeckende Preise und gute Löhne und Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen. Lebetiertransporte wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Dafür braucht es ausreichend Amtstierärzte. Für eine gute Tierarztversorgung auf dem Land wollen wir Anreize schaffen.

Tierversuche wollen wir auf ein absolutes Minimum beschränken. Der Handel – insbesondere im Internet – mit Tieren muss streng kontrolliert werden. (S. 20).

Quelle: [BSW Wahlprogramm 2025.pdf](#)